

Juristische Kurz-Lehrbücher

# Europäische Menschenrechtskonvention

Ein Studienbuch

von

Prof. Dr. Dr. Christoph Grabenwarter, Prof. Dr. Katharina Pabel

5. Auflage

Europäische Menschenrechtskonvention – Grabenwarter / Pabel

ist ein Produkt von [beck-shop.de](http://beck-shop.de)

Thematische Gliederung:

Europarecht



Verlag C. H. Beck München 2012

Verlag C. H. Beck in Internet:

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 62764 4

Kurzlehrbücher  
für das juristische Studium

Grabenwarter/Pabel  
Europäische Menschenrechtskonvention



# **Europäische Menschenrechtskonvention**

Ein Studienbuch

von

**Dr. Dr. Christoph Grabenwarter**

Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien  
Richter des Verfassungsgerichtshofs Österreich

und

**Dr. Katharina Pabel**

Professorin an der Johannes Kepler Universität Linz

5. Auflage

Verlag C. H. Beck München  
Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel  
Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien  
2012

**[www.beck.de](http://www.beck.de)**

ISBN (C.H.Beck) 978 3 406 62764 4

ISBN (Helbing Lichtenhahn) 978 3 7190 3198 5

ISBN (Manz) 978 3 214 16420 1

© 2012 Verlag C. H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft

In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: ottomedien, 64295 Darmstadt

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort

Zwei Jahre nach Erscheinen der vierten Auflage kann bereits die fünfte Auflage vorgelegt werden. Die in den Voraufgaben konstatierte Zunahme der Dynamik in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte setzt sich fort. Um die zeitnahe Begleitung der Rechtsprechung auf möglichst hohem Niveau gewährleisten zu können, ist es notwendig geworden, die Last der Arbeit auf zwei Autoren zu verteilen. Katharina Pabel hat das Lehrbuch seit der ersten Auflage begleitet und wird mit dieser Auflage zur Mitautorin.

Wir waren bestrebt, den Umfang des Buches gegenüber der Voraufgabe möglichst konstant zu halten. Gleichzeitig sollten keine Abstriche in der Darstellung und Analyse der Straßburger Rechtsprechung gemacht werden. Dies hat es erfordert, einerseits den ersten Teil des Buches über die Grundlagen etwas zu straffen und andererseits die Auseinandersetzung mit älterer Literatur und insbesondere mit der Praxis der weiland Europäischen Kommission für Menschenrechte zu kürzen. Dies ist keine Geringschätzung der oft sehr grundlegend geführten Diskussionen in den ersten Jahrzehnten der Konvention, sondern dem Ziel geschuldet, in einem noch überschaubaren Umfang den derzeitigen Stand von Rechtsprechung und Literatur in möglichst hoher Qualität darzustellen. Für weitergehende Auseinandersetzungen sei auf die ersten vier Auflagen und die dort wiedergegebene Kommissionspraxis und Literatur verwiesen.

Die Neuerungen im Inhalt der fünften Auflage betreffen nicht nur die Rechtsprechung der letzten beiden Jahre, die durch eine Vielzahl von wichtigen Entscheidungen der Kammern, aber auch der Großen Kammer geprägt sind. Daneben ist das Inkrafttreten des 14. Protokolls zu vermelden, das insbesondere im zweiten Teil des Buches über das Verfahren vor dem Gerichtshof Eingang gefunden hat. Die erste Praxis des EGMR in der Anwendung des 14. Protokolls und der durch dieses bedingten Neuerungen im Verfahren konnten bereits eingearbeitet werden. Auch der bevorstehende Beitritt der Europäischen Union zur EMRK im Gefolge des Vertrags von Lissabon ist bereits berücksichtigt.

Die ersten vier Auflagen enthielten ein Verzeichnis der wichtigsten Entscheidungen des EGMR. Dieses Verzeichnis hatte den Zweck, dem Leser einen Eindruck von den „leading cases“ zu vermitteln. Bei näherer Betrachtung zeigt sich indes, dass dieses Verzeichnis angesichts seines Umfangs diese Funktion nicht mehr erfüllen kann. Wir haben es daher weggelassen und verweisen den Leser auf die Rechtsprechungsübersichten am Beginn jedes Abschnitts zu einem einzelnen Menschenrecht.

Diese fünfte Auflage wäre nicht ohne die Hilfe der Mitarbeiterinnen am Institut für Österreichisches und Europäisches Öffentliches Recht an der Wirtschaftsuniversität Wien, Frau Christina Hochhauser LL.M. und Frau Franziska Paefgen LL.M., zustande gekommen. Beiden danken wir an dieser Stelle für ihren großen Einsatz und ihre vorzügliche Arbeit. Herrn Dr. Patrick Schäfer, Jurist in der Kanzlei des EGMR, danken wir für wertvolle Hinweise zum Abschnitt über das Verfahrensrecht. Frau Martina Almhofer LL.B. hat sich bei der Korrektur der Fahnen verdient gemacht. Danken möchten wir auch für die vielen Zusendungen, die uns auch in dieser Auflage bereicherten und möglichst vollständig eingearbeitet wurden.

Wien/Linz, im Oktober 2011

*Christoph Grabenwarter  
Katharina Pabel*



## Aus dem Vorwort der 1. Auflage

Am 3. September 2003 werden genau fünfzig Jahre vergangen sein, seit die Europäische Menschenrechtskonvention in Kraft getreten ist. Vor bald fünf Jahren wurde ihr Rechtsschutzsystem mit der Einrichtung eines neuen ständigen Gerichtshofs grundlegend neu gestaltet. Diese beiden Umstände sind äußere Zeichen für die Bedeutung und den Erfolg der EMRK. Der Bedeutungszuwachs dieses internationalen Menschenrechtsvertrags seit dem Jahr 1990 manifestiert sich aber noch in einigen weiteren Entwicklungen. Zum Ersten wurde die Grenze des Gebiets jener Staaten, die Mitglieder sind, vom ehemaligen „Eisernen Vorhang“ weit über das geographische Europa hinaus in den Kaukasus hinein und bis an den Pazifik verschoben, im „Europäischen Menschenrechtsraum“ leben heute rund 800 Millionen Menschen. Zum Zweiten hat die Rechtsprechung des Menschenrechtsgerichtshofs in diesem Zeitraum in einem Maße zugenommen und eine Breite wie Tiefe erreicht, dass nahezu alle Bereiche der nationalen Rechtsordnungen von ihr betroffen sind. Zum Dritten haben fast alle Mitgliedstaaten die EMRK auf die eine oder andere Weise auch innerstaatlich zum verbindlichen und unmittelbar geltenden Maßstab gemacht. Und viertens schließlich gewinnt die EMRK über das Recht der Europäischen Union an Bedeutung: Seit dem Vertrag von Maastricht findet sich ein ausdrücklicher Verweis auf die EMRK im heutigen Art. 6 Abs. 2 des Unionsvertrages; der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften nimmt mehr und mehr auf die EMRK und die Rechtsprechung des EGMR Bezug; und die Grundrechte-Charta nimmt schließlich den „acquis conventionnel“ gleichsam in sich auf.

Dementsprechend verwundert es nicht, dass die EMRK auch in der Lehre an den Universitäten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz gleichermaßen an Bedeutung gewonnen hat. Das vorliegende Buch soll eine Grundlage für das Studium der Grund- und Menschenrechte im Allgemeinen bilden, aber auch den Einstieg in die spezialisierte Befassung mit der EMRK erleichtern. Darüber hinaus soll es aber auch der Praxis einen Einblick in das weltweit erfolgreichste System des internationalen Menschenrechtsschutzes geben und weiterführende Hinweise auf Rechtsprechung und Literatur bieten.





## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXV

### 1. Teil. Die EMRK als völkerrechtlicher Vertrag

§ 1. Entstehungsgeschichte und Entwicklung der Europäischen Menschenrechtskonvention .....	1
§ 2. Die EMRK im Völkerrecht .....	4
I. Vom völkerrechtlichen Menschenrechtsschutz zur europäischen Menschenrechtsverfassung .....	4
II. Kernbestand von Rechten und stufenweise Ergänzung durch die Zusatzprotokolle .....	7
III. Die Vorbehalte nach Art. 57 EMRK .....	8
1. Allgemeines .....	8
2. Voraussetzungen der Gültigkeit .....	9
IV. Suspendierung im Notstandsfall .....	10
1. Allgemeines .....	10
2. Voraussetzungen der Suspendierung .....	11
3. Notstandsfeste Rechte .....	12
4. Verfahren .....	13
V. Das Günstigkeitsprinzip und der gleichwertige Grundrechtsschutz ..	13
1. Allgemeines .....	13
2. Der Inhalt des Günstigkeitsprinzips .....	14
§ 3. Die EMRK im Recht der Mitgliedstaaten .....	15
I. Die Stellung der EMRK im Recht der Mitgliedstaaten .....	15
1. Die EMRK im Verfassungsrang .....	16
2. Die EMRK im Rang zwischen Gesetz und Verfassung .....	16
3. Die EMRK im Gesetzesrang .....	17
a) Allgemeines .....	17
b) Die Rechtslage in Deutschland .....	18
II. Typologie der Einwirkungen der EMRK auf das Recht der Mitgliedstaaten .....	22
§ 4. Die EMRK und das Recht der Europäischen Union .....	23
I. Die Grundrechte der EMRK als „allgemeine Grundsätze“ .....	24
II. Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der EU-Mitgliedstaaten nach der EMRK .....	25
III. Die EMRK und die Grundrechte-Charta .....	26
1. Der Einfluss der EMRK auf den Inhalt der Grundrechte-Charta ..	26
2. Die Integration der Charta in das Recht der Union .....	27
3. Das Verhältnis zwischen EMRK, Charta und nationalen Verfassungen nach Art. 52 und 53 GRC .....	27
IV. Die Europäische Union als Mitglied der EMRK .....	29
§ 5. Allgemeine Fragen der Auslegung der EMRK .....	30
I. Besonderheiten der Wortlautinterpretation: Authentische Sprachen statt Staatssprache .....	30

II. Besonderheiten der historischen Interpretation .....	31
III. Besonderheiten der systematischen Interpretation .....	33
1. Das Regelungsumfeld der EMRK .....	33
2. „Autonome Interpretation“ .....	33
IV. Besonderheiten der teleologischen Interpretation .....	35
<b>2. Teil. Verfahrensrecht und Organe der EMRK</b>	
<b>1. Kapitel. Organisation und Struktur des EGMR</b> .....	38
§ 6. Entwicklung .....	38
§ 7. Die Richter .....	39
§ 8. Die Gliederung des Gerichtshofs .....	40
I. Allgemeines .....	40
II. Die Einzelrichter .....	41
III. Die Dreier-Ausschüsse .....	41
IV. Die Kammern .....	42
V. Die Große Kammer .....	43
<b>2. Kapitel. Das Beschwerdeverfahren vor dem EGMR</b> .....	44
§ 9. Die Individualbeschwerde .....	44
I. Gegenstand der Beschwerde .....	44
II. Form der Beschwerde .....	45
§ 10. Die Staatenbeschwerde .....	46
§ 11. Prozessvertretung .....	47
§ 12. Maßnahmen zur Sicherung der Effektivität von Beschwerden .....	47
I. Vorläufige Maßnahmen („interim measures“) .....	47
II. Vorrangige Behandlung von Beschwerden („priority cases“) .....	49
III. Dringliche Mitteilung („urgent notification“) .....	50
§ 13. Ablauf des Verfahrens .....	50
I. Der äußere Verfahrensablauf .....	50
II. Die Prozessvoraussetzungen im Verfahren der Individual- beschwerde .....	52
1. Partei- und Prozessfähigkeit .....	52
a) Natürliche Personen .....	52
b) Juristische Personen und Personengruppen .....	55
2. Opfereigenschaft des Beschwerdeführers .....	57
3. Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs .....	61
a) Vertikale Rechtswegerschöpfung .....	63
b) Horizontale Rechtswegerschöpfung .....	69
4. Beschwerdefrist .....	70
III. Drittbeteiligte .....	73
IV. Die inhaltliche Prüfung der Beschwerde im Rahmen der Zulässig- keitsprüfung .....	75
1. Unvereinbarkeit der Beschwerde mit der Konvention .....	75
a) Ratione personae .....	75
b) Ratione loci .....	77
c) Ratione temporis .....	77
d) Ratione materiae .....	77

2. Offensichtliche Unbegründetheit der Beschwerde .....	78
3. Unzulässigkeit wegen Geringfügigkeit des Nachteils .....	80
4. Sonstiges .....	81
a) Anonymität der Beschwerde .....	81
b) Res iudicata und Litispendenz .....	82
c) Missbrauch des Beschwerderechts .....	84
V. Prüfung der Rechtssache und Ermittlung der Tatsachen .....	84
VI. Gütliche Einigung .....	85
VII. Streichung der Beschwerde .....	87
VIII. Das Verfahren vor den Kammer .....	88
1. Beginn des Verfahrens vor der Kammer .....	88
2. Abgabe an die Große Kammer durch die Kammer .....	88
3. Verweisung an die Große Kammer auf Antrag einer Partei .....	89
IX. Mündliche Verhandlung .....	90
X. Besonderheiten im Verfahren der Staatenbeschwerde .....	91
§ 14. Das Urteil des EGMR .....	93
§ 15. Gerechte Entschädigung und Ersatz der Kosten .....	95
I. Schadensersatz .....	97
II. Kostenersatz .....	99
§ 16. Rechtswirkungen der Urteile .....	101
I. Rechtskraftwirkung .....	102
II. Orientierungswirkung .....	106
III. Authentische Interpretation der Urteile durch den Gerichtshof .....	107
IV. Verfahren bei Verstößen gegen die Befolgungspflicht nach Art. 46 EMRK („infringement proceedings“) .....	108

### 3. Teil. Die Garantien der EMRK

<b>1. Kapitel. Grundrechtslehren für die Garantien der EMRK .....</b>	<b>112</b>
§ 17. Der Geltungsbereich der Garantien der EMRK .....	112
I. Persönlicher Geltungsbereich .....	112
1. Grundrechtsberechtigte .....	112
2. Grundrechtsverpflichtete .....	114
II. Räumlicher Geltungsbereich .....	117
1. Keine Verantwortlichkeit bei extraterritorialen Akten anderer Staaten .....	117
2. Verantwortlichkeit für extraterritoriale Akte .....	118
a) Wirksame Kontrolle eines Gebiets .....	118
b) Befehlsgewalt und Kontrolle durch Staatsorgane .....	119
c) Ausübung extraterritorialer Gewalt im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats .....	119
III. Zeitlicher Geltungsbereich .....	120
§ 18. Struktur der Grundrechtsprüfung .....	122
I. Allgemeines .....	122
II. Schutzbereich .....	123
III. Der Eingriff in ein Grundrecht .....	124
IV. Gesetzliche Grundlage .....	125

a) Rückführbarkeit der Eingriffsgrundlage auf ein vom Parlament beschlossenes Gesetz .....	126
b) Zugänglichkeit .....	126
c) Hinreichende Bestimmtheit der gesetzlichen Grundlage .....	127
V. Legitimes Ziel .....	128
VI. Die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs .....	129
VII. Besondere Beschränkungen der Rechte von Ausländern .....	134
VIII. Besonderheiten bei Justizgrundrechten .....	136
1. Bestimmung des Schutzbereichs .....	136
2. Prüfung der Vereinbarkeit mit Organisations- und Verfahrensgarantien i. e. S. ....	136
3. Das Eingriffs-Rechtfertigungs-Prüfungsschema und Abwägungsvorgänge bei den Justizgarantien .....	137
4. Grundrechtsverzicht .....	137
§ 19. Gewährleistungspflichten („obligations positives“) .....	138
I. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten als Oberbegriff und Ausgangspunkt .....	139
II. Schutzpflichten .....	140
1. Allgemeines .....	140
2. Schutzpflichtdogmatik .....	140
3. „Drittwirkung“ und Schutzpflichten .....	141
III. Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung .....	142
IV. Informationspflichten .....	144
V. Verpflichtungen zur Gewährleistung von Teilhaberechten .....	145
<b>2. Kapitel. Die Rechte und Freiheiten der EMRK .....</b>	<b>145</b>
§ 20. Fundamentalgarantien .....	145
I. Recht auf Leben .....	145
1. Allgemeines .....	146
2. Schutzbereich .....	147
3. Eingriffe .....	149
4. Rechtfertigung .....	150
a) Vollstreckung eines Todesurteils .....	150
b) Die Ausnahmen des Art. 2 Abs. 2 .....	151
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten .....	154
a) Schutzpflichten .....	154
b) Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung .....	158
II. Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung .....	162
1. Allgemeines .....	163
2. Schutzbereich und Eingriffe .....	163
a) Folter .....	164
b) Unmenschliche Behandlung .....	165
c) Erniedrigende Behandlung und Strafe .....	167
3. Art. 3 als absolutes Recht .....	168
4. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten .....	170

5. Fallgruppen .....	171
a) Polizeieinsätze .....	172
b) Behandlung Inhaftierter .....	172
c) Misshandlungen durch Private .....	175
d) Ausweisung und Auslieferung .....	176
III. Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit .....	181
1. Allgemeines .....	182
2. Verbot der Sklaverei und Leibeigenschaft .....	182
3. Verbot der Zwangs- und Pflichtarbeit .....	183
a) Begriff der Zwangs- und Pflichtarbeit .....	183
b) Die Ausnahmen des Art. 4 Abs. 3 .....	184
4. Verbot des Menschenhandels .....	186
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten .....	187
§ 21. Freiheit und Freizügigkeit .....	188
I. Garantie der persönlichen Freiheit .....	188
1. Allgemeines .....	189
2. Schutzbereich .....	189
3. Eingriffe .....	191
4. Zulässigkeit von Eingriffen in die persönliche Freiheit .....	192
a) Gesetzliche Grundlage .....	192
b) Einhaltung des innerstaatlichen Verfahrens .....	193
c) Beachtung des Willkürverbots .....	194
d) Vorliegen eines Haftgrunds .....	195
e) Verbot der Schuldhaft .....	205
5. Rechte der festgenommenen Person .....	205
a) Informationsrecht .....	205
b) Haftdauer und richterliche Vorführung .....	206
c) Recht auf richterliche Haftprüfung .....	211
d) Entschädigung .....	214
6. Gewährleistungspflichten .....	215
II. Freizügigkeit .....	215
1. Allgemeines .....	216
2. Schutzbereich .....	216
3. Eingriffe .....	218
4. Rechtfertigung .....	219
III. Aufenthaltsgarantien .....	222
1. Allgemeines .....	222
2. Verbot der Ausweisung .....	222
a) Schutzbereich .....	222
b) Eingriffe .....	223
c) Rechtfertigung .....	223
3. Verbot der Kollektivausweisungen .....	224
§ 22. Rechte der Person .....	225
I. Schutz des Privat- und Familienlebens .....	225
1. Allgemeines .....	226
2. Grundrechtsträger .....	227
a) Natürliche Personen .....	227
b) Juristische Personen .....	228

3. Schutzbereich .....	228
a) Privatleben .....	229
b) Familienleben .....	235
c) Wohnung .....	239
d) Korrespondenz .....	240
4. Eingriffe .....	241
a) Privatleben .....	241
b) Familienleben .....	243
c) Wohnung .....	244
d) Korrespondenz .....	245
5. Rechtfertigung .....	246
a) Gesetzliche Grundlage .....	246
b) Legitimes Ziel .....	248
c) Verhältnismäßigkeit .....	249
6. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten .....	259
a) Schutzpflichten .....	259
b) Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung .....	263
c) Informationspflichten .....	267
7. Fallgruppen .....	268
II. Recht auf Eheschließung .....	273
1. Allgemeines .....	273
2. Schutzbereich .....	273
3. Eingriffe .....	276
4. Rechtfertigung .....	276
III. Recht auf Bildung .....	279
1. Allgemeines .....	279
2. Institutionelle Garantie .....	281
3. Subjektive Rechte der Kinder .....	284
4. Subjektive Rechte der Eltern .....	286
IV. Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit .....	288
1. Allgemeines .....	289
2. Schutzbereich .....	290
a) Persönlicher Schutzbereich .....	290
b) Sachlicher Schutzbereich .....	291
3. Eingriffe .....	296
4. Rechtfertigung .....	298
a) Gesetzliche Grundlage .....	299
b) Legitimes Ziel .....	299
c) Verhältnismäßigkeit .....	300
5. Gewährleistungspflichten .....	303
§ 23. Politische und gemeinschaftsbezogene Grundrechte .....	305
I. Kommunikationsfreiheiten .....	305
1. Allgemeines .....	306
2. Schutzbereich .....	306
a) Die Freiheit der Meinungsäußerung .....	307
b) Informationsfreiheit .....	309
c) Pressefreiheit .....	310

d) Rundfunkfreiheit .....	311
e) Kunstfreiheit .....	312
f) Wissenschaftsfreiheit .....	312
3. Eingriffe .....	312
4. Rechtfertigung .....	315
a) Gesetzliche Grundlage .....	316
b) Legitimes Ziel .....	317
c) Verhältnismäßigkeit .....	319
d) Der Vorbehalt nach Art. 16 .....	343
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten .....	344
a) Schutzpflichten .....	344
b) Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrens- gestaltung .....	345
c) Informationspflichten .....	347
II. Versammlungsfreiheit .....	347
1. Allgemeines .....	348
2. Schutzbereich .....	349
3. Eingriffe .....	350
4. Rechtfertigung .....	351
a) Allgemeine Eingriffsvoraussetzungen nach Art. 11 Abs. 2 S. 1	352
b) Der Beamtenvorbehalt nach Art. 11 Abs. 2 S. 2 .....	355
c) Der Vorbehalt nach Art. 16 .....	355
5. Gewährleistungspflichten .....	356
III. Vereinigungsfreiheit .....	356
1. Allgemeines .....	357
2. Schutzbereich .....	358
3. Eingriffe .....	360
4. Rechtfertigung .....	362
a) Gesetzliche Grundlage .....	362
b) Legitimes Ziel .....	362
c) Verhältnismäßigkeit .....	362
d) Der Vorbehalt nach Art. 16 .....	367
5. Gewährleistungspflichten .....	368
IV. Recht auf freie Wahlen .....	369
1. Allgemeines .....	369
2. Schutzbereich .....	371
a) Persönlicher Schutzbereich .....	371
b) Sachlicher Schutzbereich .....	372
c) Gesetzgebende Körperschaften .....	373
d) Aktives und passives Wahlrecht .....	374
3. Eingriffe .....	375
4. Rechtfertigung .....	376
§ 24. Verfahrens- und Justizgarantien .....	382
I. Verfahrensgarantien in Zivil- und Strafsachen .....	383
1. Der Anwendungsbereich des Art. 6 .....	384
a) Entscheidungen über „civil rights“ .....	384
b) Entscheidungen über strafrechtliche Anklagen .....	392
2. Die einzelnen Garantien .....	399



a) Die Organisationsgarantie: das Entscheidungsorgan „Gericht“	399
b) Zugang zu einem unabhängigen und unparteiischen Gericht ..	413
c) Der Grundsatz des fairen Verfahrens .....	420
d) Gebot angemessener Verfahrensdauer .....	427
e) Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens .....	432
f) Besondere Verfahrensgarantien im Strafprozess .....	443
g) Unschuldsvermutung .....	458
II. Nulla poena sine lege .....	462
1. Allgemeines .....	462
2. Anwendungsbereich .....	463
3. Gewährleistungsumfang .....	465
a) Prinzip der Gesetzmäßigkeit von Verurteilungen .....	465
b) Rückwirkungsverbot .....	466
c) Bestimmtheits- und Klarheitsgebot .....	468
d) Verbot der rückwirkenden Verhängung höherer Strafen .....	471
III. Das Verbot der Doppelbestrafung und -verfolgung .....	471
1. Allgemeines .....	472
2. Anwendungsbereich .....	472
3. Der Inhalt der Garantie .....	474
4. Zulässige Beschränkungen der Garantie .....	476
IV. Das Recht auf Überprüfung von Strafurteilen .....	476
1. Allgemeines .....	476
2. Anwendungsbereich .....	476
3. Gewährleistungsumfang .....	477
4. Beschränkungen des Rechts .....	477
V. Das Recht auf Entschädigung bei Fehlurteilen .....	479
1. Allgemeines .....	479
2. Voraussetzungen des Entschädigungsanspruchs .....	479
3. Inhalt des Entschädigungsanspruchs .....	480
VI. Verfahrensgarantien in Ausweisungsverfahren .....	480
1. Allgemeines .....	480
2. Anwendungsbereich .....	481
3. Die einzelnen Verfahrensgarantien .....	481
4. Beschränkungen des Rechts .....	482
VII. Das Recht auf wirksame Beschwerde .....	483
1. Allgemeines .....	483
2. Anwendungsbereich .....	485
3. Gewährleistungsumfang .....	489
§ 25. Wirtschaftliche Grundrechte .....	495
I. Eigentumsgarantie .....	495
1. Allgemeines .....	496
2. Schutzbereich .....	497
a) Sachlicher Schutzbereich .....	497
b) Persönlicher Schutzbereich .....	501
3. Eingriffe .....	501
a) Eigentumsentziehungen .....	502
b) Regelungen der Eigentumsnutzung .....	503
c) Sonstige Eingriffe .....	504

---

4. Rechtfertigung .....	505
a) Eigentumsentziehungen .....	505
b) Nutzungsregelungen .....	512
c) Sonstige Eingriffe .....	513
5. Gewährleistungspflichten .....	514
a) Schutzpflichten .....	514
b) Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung .....	515
II. Berufsfreiheit .....	516
1. Allgemeines .....	516
2. Schutzbereich und Eingriffe .....	516
3. Rechtfertigung .....	518
4. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten .....	519
§ 26. Gleichheitsgrundrechte .....	519
I. Beschränktes Diskriminierungsverbot .....	520
1. Allgemeines .....	520
2. Anwendungsbereich .....	520
3. Feststellung einer Diskriminierung .....	523
a) Ungleichbehandlung von vergleichbarem Sachverhalten .....	523
b) Differenzierungsgründe .....	524
4. Rechtfertigung .....	526
a) Legitimes Ziel .....	526
b) Verhältnismäßigkeit .....	528
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten .....	535
6. Konkurrenzen .....	536
II. Besonderer Gleichheitssatz in Zusammenhang mit der Ehe .....	538
III. Der allgemeine Gleichheitssatz des 12. ZP .....	539
Verzeichnis der Abkürzungen der Mitgliedstaaten .....	541
Sachverzeichnis .....	543